



Arbeitsschutz

Free Practice Test — 30 Real Exam-Style Questions

with full answer key & explanations

**Unlock the full bank of 200 questions
+ unlimited timed mock exams + mistake book**

Practice on the web: <https://certs.theorypractice.app/arbeitsschutz>

\$2.99 / week · \$6.99 / month · cancel anytime

What you unlock: all 200 questions • unlimited timed mock exams • mistake book • instant explanations

Study offline on the free app — search your exam on the App Store or Google Play



Unlock all 200 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/arbeitsschutz>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start



Practice Questions

Try all 30 first, then check the answer key at the back.

Want the other 170+ questions & full timed mock exams? Unlock at
<https://certs.theorypractice.app/arbeitsschutz>

1. Welche Norm definiert die ergonomischen und sicherheitstechnischen Anforderungen an Bürostühle für den Einsatz an Bildschirmarbeitsplätzen (z.B. Verstellbereich der Sitzhöhe, Lendenwirbelstütze, Rückenlehnenneigung)?

- A. DIN EN ISO 9241-5 (Ergonomische Anforderungen an Körperhaltung und Arbeitsplatzigenschaften)
- B. DIN EN 1335 (Büromöbel – Büroarbeitsstuhl)
- C. DIN 33 402 (Ergonomie – Körpermaße des Menschen)
- D. DIN EN 12464-1 (Beleuchtung von Arbeitsstätten – Innenarbeitsstätten)

2. Nach der Lärm- und Vibrations-Arbeitsschutzverordnung (LärmVibrationsArbSchV) ist der Arbeitgeber bei Überschreitung des täglichen Auslösewerts für Hand-Arm-Vibrationen verpflichtet, ein Maßnahmenprogramm zur Expositionsminde rung zu erstellen und umzusetzen. Wie hoch ist dieser Auslösewert?

- A. $A(8) = 2,5 \text{ m/s}^2$
- B. $A(8) = 1,0 \text{ m/s}^2$
- C. $A(8) = 5,0 \text{ m/s}^2$
- D. $A(8) = 10,0 \text{ m/s}^2$

3. Wann ist am Bildschirmarbeitsplatz gemäß DGUV Information 215-410 die Bereitstellung einer Fußstütze durch den Arbeitgeber erforderlich?

- A. Grundsätzlich bei allen Beschäftigten, die mehr als vier Stunden täglich am Bildschirm arbeiten
- B. Ausschließlich bei Beschäftigten mit ärztlich attestierten Rückenbeschwerden
- C. Wenn die Sitzhöhe aufgrund einer nicht individuell höhenverstellbaren Tischfläche so angehoben werden muss, dass die Füße keinen vollständigen Bodenkontakt mehr haben
- D. Nur für Beschäftigte mit einer Körpergröße unter 1,60 m

Study offline on the free app — search your exam on the App Store or Google Play



Unlock all 200 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/arbeitsschutz>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start



4. Nach DGUV Grundsatz 304-001: Innerhalb welchen Zeitraums muss ein betrieblicher Ersthelfer seine Erste-Hilfe-Ausbildung durch eine Erste-Hilfe-Fortbildung erneuern lassen, damit seine Qualifikation als anerkannt gilt?

- A. Jährlich (alle 12 Monate)
- B. Alle 2 Jahre
- C. Alle 3 Jahre
- D. Alle 5 Jahre

5. Welche Angaben müssen bei der Dokumentation einer Sicherheitsunterweisung mindestens enthalten sein?

- A. Nur das Datum der Unterweisung genügt
- B. Datum, Inhalt der Unterweisung, Namen der Teilnehmer und deren Unterschrift
- C. Lediglich der Name des Unterweisenden und die Unterschrift des Betriebsrats
- D. Eine Dokumentation ist gesetzlich nicht erforderlich

6. Welche Verpflichtung obliegt Beschäftigten nach §15 Abs. 2 ArbSchG hinsichtlich der ihnen vom Arbeitgeber zur Verfügung gestellten persönlichen Schutzausrüstung (PSA)?

- A. Beschäftigte müssen PSA nur dann benutzen, wenn ein Vorgesetzter ausdrücklich und im Einzelfall dazu auffordert.
- B. Beschäftigte sind berechtigt, PSA selbst auf eigene Kosten zu beschaffen, wenn die bereitgestellte PSA nicht optimal passt.
- C. Beschäftigte sind verpflichtet, die PSA bestimmungsgemäß zu benutzen und festgestellte Mängel dem Arbeitgeber oder dem Sicherheitsbeauftragten unverzüglich zu melden.
- D. Die Benutzungspflicht der PSA entfällt für Beschäftigte mit weniger als sechs Monaten Betriebszugehörigkeit, da diese noch in der Einarbeitungsphase sind.

Want the other 170+ questions & full timed mock exams? Unlock at
<https://certs.theorypractice.app/arbeitsschutz>

7. Wie sollen Beinaheunfälle (Ereignisse ohne Personenschaden, die unter leicht veränderten Umständen zu Unfällen geführt hätten) gemäß den Grundsätzen der systematischen Unfallverhütung behandelt werden?

- A. Sie sind der zuständigen Berufsgenossenschaft innerhalb von 24 Stunden schriftlich zu melden
- B. Sie können ignoriert werden, da gesetzlich nur meldepflichtige Unfälle mit Personenschaden relevant sind
- C. Sie sollten betriebsintern erfasst, ursächlich analysiert und als Grundlage für präventive Schutzmaßnahmen genutzt werden
- D. Sie lösen automatisch eine außerordentliche Betriebsprüfung durch das Gewerbeaufsichtsamt aus



Unlock all 200 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/arbeitsschutz>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start



8. Wie lautet der vollständige Titel der DGUV Vorschrift 1?

- A. Elektrische Anlagen und Betriebsmittel
- B. Grundsätze der Prävention
- C. Sicherheits- und Gesundheitsschutzkennzeichnung am Arbeitsplatz
- D. Verantwortlichkeiten im betrieblichen Arbeitsschutz

9. Gemäß §12 ArbSchG muss der Arbeitgeber die Beschäftigten unterweisen. Welche Aussage zur Unterweisung ist korrekt?

- A. Eine Unterweisung ist nur bei der Einstellung erforderlich und muss zwingend schriftlich erfolgen
- B. Unterweisungen müssen ausschließlich durch die Fachkraft für Arbeitssicherheit durchgeführt werden
- C. Die Unterweisung muss bei Einstellung, Arbeitsplatz- oder Aufgabenwechsel sowie in regelmäßigen Abständen erfolgen
- D. Unterweisungen sind nur für Beschäftigte an Maschinen und technischen Anlagen vorgeschrieben

Study offline on the free app — search your exam on the App Store or Google Play

10. Welche Verordnung verpflichtet Arbeitgeber zur Erstellung von Betriebsanweisungen beim Einsatz von Maschinen, Geräten und überwachungsbedürftigen Anlagen?

- A. Gefahrstoffverordnung (GefStoffV)
- B. Biostoffverordnung (BioStoffV)
- C. Betriebssicherheitsverordnung (BetrSichV)
- D. Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV)

11. Welche Form und Farbgebung weisen Warnzeichen nach ASR A1.3 auf?

- A. Gleichseitiges Dreieck mit schwarzem Rand, gelbem Hintergrund und schwarzem Symbol
- B. Gefüllter blauer Kreis mit weißem Symbol
- C. Grünes Rechteck mit weißem Symbol
- D. Roter Kreis mit weißem Symbol und rotem Diagonalbalken

12. Welche Angaben müssen laut TRGS 555 in einer Betriebsanweisung für Gefahrstoffe zwingend enthalten sein?

- A. Arbeitsbereich und Tätigkeit, Gefahren für Mensch und Umwelt, Schutzmaßnahmen und Verhaltensregeln sowie Erste-Hilfe-Maßnahmen
- B. Namen aller betroffenen Mitarbeiter, Lohngruppe und persönliche Schutzausrüstung
- C. Technische Zeichnungen der verwendeten Geräte und Unfallstatistiken des Betriebes
- D. Anschriften der nächstgelegenen Krankenhäuser und Apotheken



Unlock all 200 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/arbeitsschutz>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start

Unofficial study material · not affiliated with any certifying body



Want the other 170+ questions & full timed mock exams? Unlock at
<https://certs.theorypractice.app/arbeitsschutz>

13. Welche Verordnung verpflichtet Arbeitgeber ausdrücklich, für Tätigkeiten mit Gefahrstoffen schriftliche Betriebsanweisungen zu erstellen?

- A. Gefahrstoffverordnung (GefStoffV)
- B. Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV)
- C. Betriebssicherheitsverordnung (BetrSichV)
- D. Arbeitszeitgesetz (ArbZG)

14. In welcher Sprache muss eine Betriebsanweisung verfasst sein, wenn Beschäftigte im Betrieb kein Deutsch sprechen?

- A. In einer Sprache, die alle betroffenen Beschäftigten verstehen
- B. Ausschließlich auf Deutsch, da dies die gesetzlich vorgeschriebene Amtssprache für Betriebsanweisungen ist
- C. Auf Englisch als international gebräuchlicher Fachsprache
- D. In der Muttersprache des Betriebsleiters

15. Zu welchem Zeitpunkt muss eine Gefährdungsbeurteilung für einen neuen Arbeitsplatz oder eine neu eingeführte Tätigkeit erstmals durchgeführt werden?

- A. Spätestens sechs Monate nach Aufnahme der Tätigkeit, wenn ausreichend Praxiserfahrungen vorliegen
- B. Gleichzeitig mit der ersten Unterweisung der Beschäftigten am ersten Arbeitstag
- C. Vor Aufnahme der Tätigkeit, damit Gefährdungen im Vorfeld identifiziert und Schutzmaßnahmen vor dem ersten Arbeitseinsatz umgesetzt werden können
- D. Nach Ablauf der Probezeit der betroffenen Beschäftigten, wenn die Tätigkeit in vollem Umfang bekannt ist

Study offline on the free app — search your exam on the App Store or Google Play



Unlock all 200 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/arbeitsschutz>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start



16. Unter welcher Voraussetzung erlaubt § 5 Abs. 2 ArbSchG, eine einzige Gefährdungsbeurteilung für mehrere Arbeitsplätze zu erstellen?

- A. Wenn der Betrieb insgesamt weniger als 50 Beschäftigte hat und die Arbeitsstättenverordnung dies vorsieht
- B. Wenn mehrere Arbeitsplätze oder Tätigkeiten gleichartige Arbeitsbedingungen und vergleichbare Gefährdungen aufweisen
- C. Wenn der Arbeitgeber eine schriftliche Ausnahmegenehmigung bei der zuständigen Berufsgenossenschaft beantragt hat
- D. Wenn alle betroffenen Beschäftigten schriftlich auf eine individuelle Beurteilung verzichten

17. Ein Unternehmen (Entleiher) setzt einen Leiharbeitnehmer einer Zeitarbeitsfirma (Verleiher) an einem konkreten Arbeitsplatz ein. Wer ist für die Gefährdungsbeurteilung dieses Einsatzarbeitsplatzes rechtlich verantwortlich?

- A. Der Entleiher (Einsatzbetrieb), da er die tatsächliche Verfügungsgewalt über den Arbeitsplatz hat und die konkreten Arbeitsbedingungen vor Ort bestimmt.
- B. Der Verleiher (Zeitarbeitsfirma), da er als formaler Arbeitgeber des Leiharbeitnehmers für dessen gesamten Arbeitsschutz zuständig ist.
- C. Die zuständige Berufsgenossenschaft, da Leiharbeit einen gesetzlich geregelten Sonderfall des Arbeitsverhältnisses darstellt.
- D. Der Leiharbeitnehmer selbst, da er durch den wechselnden Einsatz an verschiedenen Arbeitsplätzen eigenverantwortlich handeln muss.

18. Welche Aussage zum betrieblichen Verbandbuch ist korrekt?

- A. Es dokumentiert ausschließlich meldepflichtige Arbeitsunfälle ab 3 Tagen Arbeitsunfähigkeit.
- B. Es erfasst alle geleisteten Erste-Hilfe-Maßnahmen, einschließlich Bagatelverletzungen.
- C. Es enthält ausschließlich die Qualifikationsnachweise der betrieblichen Ersthelfer.
- D. Es ist ein freiwilliges Instrument ohne gesetzliche Grundlage.

Want the other 170+ questions & full timed mock exams? Unlock at
<https://certs.theorypractice.app/arbeitsschutz>

19. Wer trägt nach dem Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) die grundlegende Verantwortung für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Beschäftigten im Betrieb?

- A. Die Fachkraft für Arbeitssicherheit
- B. Der Sicherheitsbeauftragte
- C. Der Arbeitgeber
- D. Der Betriebsarzt



Unlock all 200 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/arbeitsschutz>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start



20. Welche Aussage beschreibt die Stellung und Aufgaben eines Sicherheitsbeauftragten nach §§ 20–22 DGUV Vorschrift 1 am zutreffendsten?

- A. Der Sicherheitsbeauftragte unterstützt den Arbeitgeber ehrenamtlich bei der Durchführung von Arbeitsschutzmaßnahmen, besitzt jedoch keine Weisungsbefugnis gegenüber anderen Beschäftigten.
- B. Der Sicherheitsbeauftragte übernimmt die arbeitsschutzrechtliche Verantwortung für seinen Bereich und haftet persönlich für Unfälle, die auf übersehene Mängel zurückzuführen sind.
- C. Der Sicherheitsbeauftragte ist berechtigt, unsichere Arbeiten eigenständig zu untersagen und Beschäftigte direkt anzuweisen, Schutzmaßnahmen einzuhalten.
- D. Der Sicherheitsbeauftragte ist rechtlich mit der Fachkraft für Arbeitssicherheit gleichgestellt und muss daher eine gleichwertige sicherheitstechnische Ausbildung nachweisen.

21. Seit dem 1. Januar 2021 müssen Inverkehrbringer gefährlicher Gemische für Verbraucher auf dem Etikett einen eindeutigen Rezepturidentifikator angeben und eine Produktmeldung bei der zuständigen Stelle einreichen. Welche Bezeichnung trägt dieser Identifikator?

- A. CAS-Nummer (Chemical Abstracts Service Number)
- B. EG-Nummer (Europäische Gemeinschaft Nummer)
- C. REACH-Registrierungsnummer
- D. UFI (Unique Formula Identifier)

Study offline on the free app — search your exam on the App Store or Google Play

22. Ab welcher Konzentration in einem Gemisch muss ein krebserzeugender Stoff der Kategorie 1A oder 1B gemäß Anhang I CLP-Verordnung bei der Einstufung des Gemisches berücksichtigt werden?

- A. Ab 0,001 %
- B. Ab 0,1 %
- C. Ab 1 %
- D. Ab 5 %

23. Was versteht man unter dem Arbeitsplatzgrenzwert (AGW) gemäß TRGS 900?

- A. Den maximal zulässigen Lärmpegel am Arbeitsplatz in Dezibel
- B. Die maximale Konzentration eines Gefahrstoffs in der Atemluft, bei der keine gesundheitlichen Beeinträchtigungen zu erwarten sind
- C. Den Grenzwert für die Mindestbeleuchtungsstärke in Arbeitsräumen
- D. Die maximal zulässige Gefahrstoffkonzentration auf Arbeitsflächen und Arbeitsmitteln



Unlock all 200 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/arbeitsschutz>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start

Unofficial study material · not affiliated with any certifying body



24. Was sind P-Sätze (Precautionary Statements) gemäß GHS/CLP-Verordnung?

- A. Gefahrenhinweise, die die Art und Schwere der Gefahr eines Stoffs beschreiben
- B. Klassifizierungscodes für den Transport gefährlicher Güter nach ADR
- C. Standardisierte Sicherheitshinweise, die Maßnahmen zur Vermeidung oder Minimierung schädlicher Auswirkungen beschreiben
- D. Angaben zur physikalisch-chemischen Stabilität eines Stoffs im Sicherheitsdatenblatt

Want the other 170+ questions & full timed mock exams? Unlock at
<https://certs.theorypractice.app/arbeitsschutz>

25. Ab welchem Tages-Lärmexpositionspegel sind Beschäftigte nach der LärmVibrationsArbSchV verpflichtet, den bereitgestellten Gehörschutz zu tragen?

- A. Ab 80 dB(A)
- B. Ab 85 dB(A)
- C. Ab 87 dB(A)
- D. Ab 90 dB(A)

26. Welcher C-bewertete Spitzenschalldruckpegel (L_{peak}) darf nach der LärmVibrationsArbSchV am Ohr des Beschäftigten – unter Berücksichtigung der dämmenden Wirkung des Gehörschutzes – als Expositionsgrenzwert keinesfalls überschritten werden?

- A. 135 dB(C)
- B. 137 dB(C)
- C. 140 dB(C)
- D. 143 dB(C)

27. Wie lange muss die Sicherheitsbeleuchtung (Notbeleuchtung) in Arbeitsstätten nach den in ASR A3.4 referenzierten technischen Normen (DIN EN 1838) im Störfall mindestens betriebsbereit bleiben?

- A. 30 Minuten
- B. 1 Stunde
- C. 2 Stunden
- D. 4 Stunden

Study offline on the free app — search your exam on the App Store or Google Play



Unlock all 200 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/arbeitsschutz>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start



28. Was ist bei Gasfiltern für Atemschutzgeräte hinsichtlich ihrer Einsatzdauer und Schutzwirkung zu beachten?

- A. Gasfilter können durch Auslüften an der frischen Luft vollständig regeneriert und anschließend wieder verwendet werden.
- B. Die Schutzwirkung von Gasfiltern ist zeitlich unbegrenzt, sofern der Filter äußerlich intakt und trocken ist.
- C. Gasfilter haben eine begrenzte Adsorptionskapazität und müssen gemäß Herstellervorgaben sowie spätestens beim Durchbruch des Schadstoffs (Geruchs- oder Geschmackswahrnehmung durch den Filter) ersetzt werden.
- D. Gasfilter müssen unabhängig von der tatsächlichen Einsatzdauer täglich ausgewechselt werden.

29. In welche PSA-Schutzkategorie fallen Ausrüstungen, die vor tödlichen Gefahren oder schwerwiegenden und irreversiblen Gesundheitsschäden schützen?

- A. Kategorie I – geringes Risiko, Konformitätserklärung des Herstellers ohne externe Prüfstelle ausreichend
- B. Kategorie II – mittleres Risiko, EG-Baumusterprüfung erforderlich
- C. Kategorie III – hohes Risiko, EG-Baumusterprüfung und laufende Überwachung der Fertigung durch notifizierte Stelle erforderlich
- D. Kategorie IV – nur für behördliche Sicherheitskräfte zugelassen

30. Welche Pflicht haben Beschäftigte gemäß PSA-Benutzungsverordnung im Umgang mit Persönlicher Schutzausrüstung?

- A. Beschäftigte dürfen PSA nach eigenem Ermessen auswählen und durch günstigere Alternativen ersetzen.
- B. Beschäftigte sind verpflichtet, PSA bestimmungsgemäß zu verwenden und festgestellte Mängel unverzüglich dem Arbeitgeber zu melden.
- C. Beschäftigte können auf das Tragen von PSA verzichten, wenn sie das persönliche Risiko selbst als gering einschätzen.
- D. Beschäftigte müssen PSA nur dann tragen, wenn ein Arbeitsunfall in der Vergangenheit bereits eingetreten ist.



Unlock all 200 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/arbeitsschutz>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start

Unofficial study material · not affiliated with any certifying body



Answer Key & Explanations

You just practised 30 of 200. Unlock every question + timed mocks at
<https://certs.theorypractice.app/arbeitsschutz>

1. B — DIN EN 1335 (Büromöbel – Büroarbeitsstuhl)

DIN EN 1335 (Büromöbel – Büroarbeitsstuhl) legt in mehreren Teilen die ergonomischen Mindestanforderungen und Sicherheitsprüfverfahren für Bürostühle fest: Teil 1 definiert Maße und Verstellbereiche, Teil 2 die Sicherheitsanforderungen, Teil 3 die Prüfmethode. Sie ist die zentrale Produktnorm für Bürostühle an Bildschirmarbeitsplätzen. Why the other options are incorrect: • DIN EN ISO 9241-5 (Ergonomische Anforderungen an Körperhaltung und Arbeitsplatzigenschaften): DIN EN ISO 9241-5 befasst sich mit ergonomischen Anforderungen an Körperhaltung und allgemeine Arbeitsplatzgestaltung (z.B. Blickwinkel, Greifraum), enthält aber keine spezifischen Konstruktions- oder Prüfanforderungen an Bürostühle als Produkt. • DIN 33 402 (Ergonomie – Körpermaße des Menschen): DIN 33 402 beschreibt anthropometrische Körpermaße des Menschen und dient als Grundlage für die Dimensionierung von Arbeitsplätzen und -mitteln. Sie legt keine Produktnormen oder Prüfverfahren für Bürostühle fest. • DIN EN 12464-1 (Beleuchtung von Arbeitsstätten – Innenarbeitsstätten): DIN EN 12464-1 regelt Anforderungen an die Beleuchtung von Innenarbeitsstätten (Beleuchtungsstärken, Blendungsbegrenzung, Lichtfarben) und hat keinen Bezug zu Stuhlkonstruktion oder Sitzergonomie.

2. A — $A(8) = 2,5 \text{ m/s}^2$

Der tägliche Auslösewert für Hand-Arm-Vibrationen beträgt gemäß § 9 Abs. 2 LärmVibrationsArbSchV $A(8) = 2,5 \text{ m/s}^2$. Wird er überschritten, muss der Arbeitgeber unverzüglich technische und/oder organisatorische Maßnahmen zur Reduzierung der Exposition einleiten. Why the other options are incorrect: • $A(8) = 1,0 \text{ m/s}^2$: $1,0 \text{ m/s}^2$ ist in der LärmVibrationsArbSchV kein normierter Schwellenwert für Hand-Arm-Vibrationen und entspricht weder einem Auslöse- noch einem Expositionsgrenzwert. • $A(8) = 5,0 \text{ m/s}^2$: $5,0 \text{ m/s}^2$ ist der Expositionsgrenzwert gemäß § 9 Abs. 1 LärmVibrationsArbSchV, der grundsätzlich nicht überschritten werden darf – er ist jedoch nicht der Auslösewert, der Maßnahmenpflichten auslöst. • $A(8) = 10,0 \text{ m/s}^2$: $10,0 \text{ m/s}^2$ liegt weit über dem Expositionsgrenzwert und ist kein in der LärmVibrationsArbSchV definierter Schwellenwert.

3. C — Wenn die Sitzhöhe aufgrund einer nicht individuell höhenverstellbaren Tischfläche so angehoben werden muss, dass die Füße keinen vollständigen Bodenkontakt mehr haben

Eine Fußstütze ist immer dann bereitzustellen, wenn die Sitzhöhe so eingestellt werden muss, dass Oberschenkel waagrecht liegen und Unterarme auf Tischhöhe ruhen, die Füße dabei aber keinen vollständigen Bodenkontakt erreichen. Sie verhindert Druckbelastungen an Oberschenkelunterseiten und Durchblutungsstörungen. Why the other options are incorrect: • Grundsätzlich bei allen Beschäftigten, die mehr als vier Stunden täglich am Bildschirm arbeiten: Die Notwendigkeit einer Fußstütze hängt nicht von der Arbeitszeit ab, sondern ausschließlich davon, ob die Körpermaße der Person mit der vorhandenen Tisch-Stuhl-Kombination ohne Bodenverlust vereinbar sind. Die tägliche Bildschirmarbeitszeit ist kein Kriterium. • Ausschließlich bei Beschäftigten mit ärztlich attestierten Rückenbeschwerden: Eine Fußstütze ist keine ausschließlich medizinische Maßnahme und erfordert kein Arztzeugnis. Sie ist ein ergonomisches Hilfsmittel, das immer dann einzusetzen ist, wenn die Füße aufgrund der Möbelkombination keinen Bodenkontakt haben. • Nur für Beschäftigte mit einer Körpergröße unter 1,60 m: Körpergröße allein ist kein



Unlock all 200 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/arbeitsschutz>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start

Unofficial study material · not affiliated with any certifying body



verbindliches Kriterium. Die Notwendigkeit ergibt sich aus dem konkreten Zusammenspiel von Tischhöhe und Körpermaßen – auch Personen mit mittlerer oder größerer Körpergröße können eine Fußstütze benötigen, wenn der Tisch entsprechend hoch ist.

4. B — Alle 2 Jahre

Gemäß DGUV Grundsatz 304-001 ist die Erste-Hilfe-Qualifikation eines Ersthelfers für 2 Jahre gültig. Danach muss eine Erste-Hilfe-Fortbildung (9 Unterrichtseinheiten) absolviert werden, um die Anerkennung als betrieblicher Ersthelfer aufrechtzuerhalten. Why the other options are incorrect: • Jährlich (alle 12 Monate): Ein jährliches Intervall ist nicht vorgeschrieben; der DGUV Grundsatz 304-001 legt ausdrücklich ein 2-Jahres-Intervall fest, nicht 12 Monate. • Alle 3 Jahre: Drei Jahre überschreiten das zulässige Intervall; nach mehr als 2 Jahren ohne Fortbildung gilt die Ersthelfer-Qualifikation im Sinne des DGUV Grundsatzes 304-001 als erloschen. • Alle 5 Jahre: Fünf Jahre sind deutlich zu lang. Ein Ersthelfer ohne Auffrischung nach 5 Jahren gilt nicht mehr als qualifiziert und darf nicht auf die vorgeschriebene Ersthelferquote des Betriebs angerechnet werden.

5. B — Datum, Inhalt der Unterweisung, Namen der Teilnehmer und deren Unterschrift

Für eine rechtssichere Dokumentation sind mindestens Datum, Inhalt bzw. Thema der Unterweisung, die Namen der Teilnehmer sowie deren Unterschrift als Teilnahmebeleg erforderlich. Why the other options are incorrect: • Nur das Datum der Unterweisung genügt: Nur das Datum ist nicht ausreichend; ohne Inhalt und Teilnehmerliste ist die ordnungsgemäße Durchführung nicht nachweisbar. • Lediglich der Name des Unterweisenden und die Unterschrift des Betriebsrats: Der Betriebsrat muss die Unterweisung nicht gegenzeichnen; entscheidend sind die Unterschriften der unterwiesenen Beschäftigten selbst. • Eine Dokumentation ist gesetzlich nicht erforderlich: Eine Dokumentationspflicht ergibt sich aus ArbSchG und DGUV Vorschrift 1, da der Arbeitgeber die Erfüllung seiner Pflichten im Zweifelsfall nachweisen muss.

6. C — Beschäftigte sind verpflichtet, die PSA bestimmungsgemäß zu benutzen und festgestellte Mängel dem Arbeitgeber oder dem Sicherheitsbeauftragten unverzüglich zu melden.

§15 Abs. 2 ArbSchG verpflichtet Beschäftigte ausdrücklich, Schutzvorrichtungen und PSA bestimmungsgemäß zu verwenden sowie festgestellte Mängel oder Defekte unverzüglich zu melden. Diese Mitwirkungspflicht gilt unabhängig von einer gesonderten Aufforderung und ab dem ersten Arbeitstag. Why the other options are incorrect: • Beschäftigte müssen PSA nur dann benutzen, wenn ein Vorgesetzter ausdrücklich und im Einzelfall dazu auffordert.: §15 ArbSchG knüpft die Benutzungspflicht nicht an eine einzelfallbezogene Aufforderung; die Pflicht besteht kraft Gesetzes, sobald PSA bereitgestellt wird und die Tätigkeit es erfordert. • Beschäftigte sind berechtigt, PSA selbst auf eigene Kosten zu beschaffen, wenn die bereitgestellte PSA nicht optimal passt.: Die Selbstbeschaffung von PSA durch Beschäftigte ist nicht vorgesehen; Bereitstellung und Kostenübernahme sind nach §3 Abs. 3 ArbSchG ausschließlich Pflicht des Arbeitgebers. • Die Benutzungspflicht der PSA entfällt für Beschäftigte mit weniger als sechs Monaten Betriebszugehörigkeit, da diese noch in der Einarbeitungsphase sind.: Das Gesetz enthält keinerlei Ausnahmeregelung nach Betriebszugehörigkeit; §15 ArbSchG gilt für alle Beschäftigten vom ersten Arbeitstag an, unabhängig von der Dauer der Betriebszugehörigkeit.

7. C — Sie sollten betriebsintern erfasst, ursächlich analysiert und als Grundlage für präventive Schutzmaßnahmen genutzt werden

Beinaheunfälle sind wertvolle Frühwarnsignale im Sicherheitssystem. Ihre betriebsinterne Erfassung und Analyse ermöglicht es, Schwachstellen zu identifizieren und Unfälle zu verhindern, bevor Personenschäden entstehen. Dies entspricht dem Präventionsprinzip der DGUV Vorschrift 1. Why the other options are



Unlock all 200 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/arbeitsschutz>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start

Unofficial study material · not affiliated with any certifying body



incorrect: • Sie sind der zuständigen Berufsgenossenschaft innerhalb von 24 Stunden schriftlich zu melden: Eine gesetzliche Meldepflicht gegenüber der Berufsgenossenschaft besteht nur bei meldepflichtigen Arbeitsunfällen mit mindestens drei Tagen Arbeitsunfähigkeit, nicht bei Beinaheunfällen ohne Personenschaden. • Sie können ignoriert werden, da gesetzlich nur meldepflichtige Unfälle mit Personenschaden relevant sind: Das Ignorieren von Beinaheunfällen widerspricht dem Präventionsprinzip des Arbeitsschutzgesetzes. Unerkannte Gefährdungsquellen erhöhen das Unfallrisiko erheblich und können die Haftung des Arbeitgebers begründen. • Sie lösen automatisch eine außerordentliche Betriebsprüfung durch das Gewerbeaufsichtsamt aus: Beinaheunfälle lösen keine automatische Behördenprüfung aus. Das Gewerbeaufsichtsamt führt anlassbezogene Prüfungen nur bei begründetem Verdacht auf Rechtsverstöße oder nach schweren Unfällen durch.

8. B — Grundsätze der Prävention

DGUV Vorschrift 1 'Grundsätze der Prävention' enthält übergreifende Pflichten für Unternehmen und Versicherte und bildet das normative Fundament aller weiteren DGUV-Regelwerke. Why the other options are incorrect: • Elektrische Anlagen und Betriebsmittel: 'Elektrische Anlagen und Betriebsmittel' ist Gegenstand der DGUV Vorschrift 3 (Berufsgenossenschaften) bzw. DGUV Vorschrift 4 (Unfallkassen der öffentlichen Hand). • Sicherheits- und Gesundheitsschutzkennzeichnung am Arbeitsplatz: Die Sicherheitskennzeichnung am Arbeitsplatz wird durch die ASR A1.3 (Technische Regeln für Arbeitsstätten) sowie die zugehörige EU-Richtlinie geregelt, nicht durch eine DGUV Vorschrift. • Verantwortlichkeiten im betrieblichen Arbeitsschutz: 'Verantwortlichkeiten im betrieblichen Arbeitsschutz' ist kein eigenständiger DGUV-Vorschriftstitel, sondern ein inhaltlicher Aspekt, der u.a. in DGUV Vorschrift 1 behandelt wird.

9. C — Die Unterweisung muss bei Einstellung, Arbeitsplatz- oder Aufgabenwechsel sowie in regelmäßigen Abständen erfolgen

§12 Abs. 1 ArbSchG schreibt vor, dass Unterweisungen bei Einstellung, bei Aufgaben- oder Arbeitsplatzwechsel, bei der Einführung neuer Arbeitsmittel sowie in regelmäßigen Abständen zu erfolgen haben. Why the other options are incorrect: • Eine Unterweisung ist nur bei der Einstellung erforderlich und muss zwingend schriftlich erfolgen: Eine einmalige Unterweisung bei der Einstellung reicht nicht aus; §12 ArbSchG fordert regelmäßige Wiederholungen. Die Schriftform ist nicht gesetzlich vorgeschrieben, aus Dokumentationsgründen aber empfohlen. • Unterweisungen müssen ausschließlich durch die Fachkraft für Arbeitssicherheit durchgeführt werden: Der Arbeitgeber kann fachkundige und geeignete Personen, etwa direkte Vorgesetzte, mit der Unterweisung beauftragen; eine exklusive Zuständigkeit der Fachkraft für Arbeitssicherheit besteht nicht. • Unterweisungen sind nur für Beschäftigte an Maschinen und technischen Anlagen vorgeschrieben: Die Unterweisungspflicht gilt für alle Beschäftigten und alle Tätigkeitsbereiche unabhängig davon, ob Maschinen eingesetzt werden.

10. C — Betriebssicherheitsverordnung (BetrSichV)

Die BetrSichV verpflichtet Arbeitgeber in § 12, Betriebsanweisungen für die Benutzung von Arbeitsmitteln (Maschinen, Geräte, Anlagen) zu erstellen und den Beschäftigten vor Aufnahme der Tätigkeit in verständlicher Form zur Verfügung zu stellen. Why the other options are incorrect: • Gefahrstoffverordnung (GefStoffV): Die GefStoffV regelt Betriebsanweisungen speziell für Tätigkeiten mit Gefahrstoffen, nicht allgemein für Maschinen und Arbeitsmittel. • Biostoffverordnung (BioStoffV): Die BioStoffV betrifft Tätigkeiten mit biologischen Arbeitsstoffen, enthält aber keine Pflicht zur Betriebsanweisung für Maschinen und Anlagen. • Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV): Die ArbStättV regelt die Gestaltung von Arbeitsstätten und enthält Vorgaben zur Sicherheitskennzeichnung, begründet aber keine allgemeine Betriebsanweisungspflicht für Arbeitsmittel.



Unlock all 200 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/arbeitsschutz>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start

Unofficial study material · not affiliated with any certifying body



11. A — Gleichseitiges Dreieck mit schwarzem Rand, gelbem Hintergrund und schwarzem Symbol

Warnzeichen sind nach ASR A1.3 dreieckig, mit schwarzem Rand, gelbem Hintergrund und schwarzem Piktogramm. Die Farbe Gelb/Schwarz signalisiert Warnung und Vorsicht, z. B. 'Warnung vor ätzenden Stoffen' oder 'Warnung vor Stolpergefahr'. Why the other options are incorrect: • Gefüllter blauer Kreis mit weißem Symbol: Ein gefüllter blauer Kreis mit weißem Symbol ist ein Gebotszeichen, das eine Pflichtenhandlung vorschreibt, z. B. das Tragen von Gehörschutz. • Grünes Rechteck mit weißem Symbol: Ein grünes Rechteck mit weißem Symbol ist ein Rettungszeichen, das Fluchtwege, Notausgänge oder Rettungseinrichtungen kennzeichnet. • Roter Kreis mit weißem Symbol und rotem Diagonalbalken: Ein roter Kreis mit weißem Symbol und Diagonalbalken ist ein Verbotssymbol und untersagt eine bestimmte Handlung, z. B. 'Zutritt für Unbefugte verboten'.

12. A — Arbeitsbereich und Tätigkeit, Gefahren für Mensch und Umwelt, Schutzmaßnahmen und Verhaltensregeln sowie Erste-Hilfe-Maßnahmen

Die TRGS 555 legt fest, dass Betriebsanweisungen für Gefahrstoffe Angaben zu Arbeitsbereich/Tätigkeit, Gefahren, Schutzmaßnahmen/Verhaltensregeln, Verhalten bei Störungen, Erste-Hilfe und sachgerechter Entsorgung enthalten müssen. Why the other options are incorrect: • Namen aller betroffenen Mitarbeiter, Lohngruppe und persönliche Schutzausrüstung: Namen und Lohngruppen der Mitarbeiter sind kein Bestandteil einer Betriebsanweisung; diese sind personenbezogene Daten, die nicht in eine allgemeine Betriebsanweisung gehören. • Technische Zeichnungen der verwendeten Geräte und Unfallstatistiken des Betriebes: Technische Zeichnungen und Unfallstatistiken sind keine vorgeschriebenen Inhalte einer Betriebsanweisung nach TRGS 555, auch wenn sie ergänzend hilfreich sein können. • Anschriften der nächstgelegenen Krankenhäuser und Apotheken: Krankenhausadressen sind kein Pflichtinhalt einer Betriebsanweisung; lediglich Erste-Hilfe-Maßnahmen und relevante Notrufnummern müssen angegeben werden.

13. A — Gefahrstoffverordnung (GefStoffV)

Die GefStoffV (§ 14) schreibt vor, dass der Arbeitgeber für Tätigkeiten mit Gefahrstoffen arbeitsplatzbezogene schriftliche Betriebsanweisungen in einer für die Beschäftigten verständlichen Form und Sprache zu erstellen hat. Why the other options are incorrect: • Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV): Die ArbStättV regelt Anforderungen an Arbeitsstätten und Sicherheitskennzeichnung, enthält jedoch keine spezifische Pflicht zur Erstellung von Betriebsanweisungen für Gefahrstoffe. • Betriebssicherheitsverordnung (BetrSichV): Die BetrSichV regelt das sichere Verwenden von Arbeitsmitteln und enthält zwar Anforderungen an Betriebsanweisungen für Arbeitsmittel, nicht aber speziell für Gefahrstoffe. • Arbeitszeitgesetz (ArbZG): Das ArbZG regelt Arbeitszeiten und Ruhezeiten der Beschäftigten und enthält keinerlei Vorschriften zu Betriebsanweisungen.

14. A — In einer Sprache, die alle betroffenen Beschäftigten verstehen

Die GefStoffV § 14 fordert, dass Betriebsanweisungen in einer für die Beschäftigten verständlichen Form und Sprache abgefasst sein müssen. Verstehen Beschäftigte kein Deutsch, muss die Anweisung in ihrer Sprache oder mehrsprachig erstellt werden. Why the other options are incorrect: • Ausschließlich auf Deutsch, da dies die gesetzlich vorgeschriebene Amtssprache für Betriebsanweisungen ist: Es gibt keine gesetzliche Vorschrift, die Deutsch als alleinige Sprache für Betriebsanweisungen festlegt. Maßgeblich ist allein die Verständlichkeit für die betroffenen Beschäftigten. • Auf Englisch als international gebräuchlicher Fachsprache: Englisch ist nicht zwingend vorgeschrieben. Entscheidend ist die Sprache, die die jeweiligen Beschäftigten tatsächlich verstehen, nicht eine international übliche Sprache. • In der Muttersprache des Betriebsleiters: Die Sprache des Betriebsleiters ist nicht maßgeblich. Ausschlaggebend ist die



Unlock all 200 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/arbeitsschutz>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start

Unofficial study material · not affiliated with any certifying body



Verständlichkeit für die betroffenen Mitarbeiter, unabhängig von der Muttersprache des Vorgesetzten.

15. C — Vor Aufnahme der Tätigkeit, damit Gefährdungen im Vorfeld identifiziert und Schutzmaßnahmen vor dem ersten Arbeitseinsatz umgesetzt werden können

Die Gefährdungsbeurteilung ist präventiv angelegt: Gefährdungen müssen erkannt und Schutzmaßnahmen eingeleitet werden, bevor Beschäftigte der Gefährdung ausgesetzt werden. Eine GB erst nach Tätigkeitsaufnahme wäre reaktiv und würde den gesetzlichen Schutzzweck verfehlen. Why the other options are incorrect: • Spätestens sechs Monate nach Aufnahme der Tätigkeit, wenn ausreichend Praxiserfahrungen vorliegen: Eine 6-monatige Frist nach Tätigkeitsaufnahme widerspricht dem präventiven Ansatz des ArbSchG. Beschäftigte wären in diesem Zeitraum ohne angemessene Schutzmaßnahmen tätig, obwohl Gefährdungen vorhersehbar waren. • Gleichzeitig mit der ersten Unterweisung der Beschäftigten am ersten Arbeitstag: Die Unterweisung setzt eine abgeschlossene Gefährdungsbeurteilung inhaltlich voraus, da ihre Inhalte auf den GB-Ergebnissen aufbauen müssen. Beide Schritte zeitgleich am ersten Arbeitstag ist sachlich nicht möglich. • Nach Ablauf der Probezeit der betroffenen Beschäftigten, wenn die Tätigkeit in vollem Umfang bekannt ist: Das Abwarten auf Praxiserfahrungen aus der Probezeit entspricht nicht dem präventiven Schutzgedanken des ArbSchG. Vorhersehbare Gefährdungen müssen vor dem ersten Einsatz beurteilt und durch Schutzmaßnahmen beherrscht sein.

16. B — Wenn mehrere Arbeitsplätze oder Tätigkeiten gleichartige Arbeitsbedingungen und vergleichbare Gefährdungen aufweisen

§ 5 Abs. 2 ArbSchG bestimmt ausdrücklich: 'Bei gleichartigen Arbeitsbedingungen ist die Beurteilung eines Arbeitsplatzes oder einer Tätigkeit ausreichend.' Die Vergleichbarkeit der Gefährdungen ist das entscheidende Kriterium. Why the other options are incorrect: • Wenn der Betrieb insgesamt weniger als 50 Beschäftigte hat und die Arbeitsstättenverordnung dies vorsieht: Die Betriebsgröße ist kein Kriterium nach § 5 Abs. 2 ArbSchG. Das Gesetz knüpft die Vereinfachung an gleichartige Arbeitsbedingungen, nicht an Beschäftigtenzahlen. • Wenn der Arbeitgeber eine schriftliche Ausnahmegenehmigung bei der zuständigen Berufsgenossenschaft beantragt hat: Eine Ausnahmegenehmigung durch die Berufsgenossenschaft ist gesetzlich nicht vorgesehen. § 5 Abs. 2 ArbSchG räumt diese Möglichkeit direkt und ohne Genehmigungsverfahren ein. • Wenn alle betroffenen Beschäftigten schriftlich auf eine individuelle Beurteilung verzichten: Ein Verzicht der Beschäftigten auf eine individuelle Beurteilung ist rechtlich wirkungslos. Schutzrechte aus dem ArbSchG sind nicht disponibel.

17. A — Der Entleiher (Einsatzbetrieb), da er die tatsächliche Verfügungsgewalt über den Arbeitsplatz hat und die konkreten Arbeitsbedingungen vor Ort bestimmt.

Gemäß § 11 Abs. 6 AÜG i. V. m. ArbSchG gelten für den Leiharbeitnehmer am Einsatzarbeitsplatz die Arbeitsschutzvorschriften des Entleihers. Dieser kennt und kontrolliert die realen Arbeitsbedingungen und ist daher für die Gefährdungsbeurteilung des konkreten Arbeitsplatzes verantwortlich. Why the other options are incorrect: • Der Verleiher (Zeitarbeitsfirma), da er als formaler Arbeitgeber des Leiharbeitnehmers für dessen gesamten Arbeitsschutz zuständig ist.: Der Verleiher bleibt formaler Arbeitgeber und trägt Mitverantwortung für Grundqualifikation und arbeitsmedizinische Betreuung, ist aber nicht für die Gefährdungsbeurteilung des konkreten Einsatzarbeitsplatzes zuständig. • Die zuständige Berufsgenossenschaft, da Leiharbeit einen gesetzlich geregelten Sonderfall des Arbeitsverhältnisses darstellt.: Die Berufsgenossenschaft ist eine Aufsichts- und Beratungsinstanz, keine für die Durchführung betrieblicher Gefährdungsbeurteilungen verantwortliche Stelle. • Der Leiharbeitnehmer selbst, da er durch den wechselnden Einsatz an verschiedenen Arbeitsplätzen eigenverantwortlich handeln muss.: Der Arbeitnehmer hat keine gesetzliche Pflicht zur Durchführung der Gefährdungsbeurteilung; diese Verantwortung liegt stets beim Arbeitgeber bzw. dem



Unlock all 200 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/arbeitsschutz>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start

Unofficial study material · not affiliated with any certifying body



Verfügungsberechtigten des Arbeitsplatzes.

18. B — Es erfasst alle geleisteten Erste-Hilfe-Maßnahmen, einschließlich Bagatellverletzungen.

Das Verbandbuch (DGUV Information 204-021) dient der lückenlosen Dokumentation aller Erste-Hilfe-Leistungen – auch bei Kleinstverletzungen. Diese Aufzeichnungen sind wichtig für eine spätere Anerkennung als Arbeitsunfall oder Berufskrankheit durch die Berufsgenossenschaft. Why the other options are incorrect: • Es dokumentiert ausschließlich meldepflichtige Arbeitsunfälle ab 3 Tagen Arbeitsunfähigkeit.: Das Verbandbuch greift bereits bei der kleinsten Verletzung; die Meldepflicht an die BG beginnt erst ab 3 Tagen Arbeitsunfähigkeit und ist davon unabhängig. • Es enthält ausschließlich die Qualifikationsnachweise der betrieblichen Ersthelfer.: Qualifikationsnachweise der Ersthelfer werden separat aufbewahrt; das Verbandbuch dokumentiert konkrete Erste-Hilfe-Einsätze. • Es ist ein freiwilliges Instrument ohne gesetzliche Grundlage.: Das Verbandbuch ist kein freiwilliges Instrument; es hat eine klare Grundlage in der DGUV Information 204-021 und ist vom Unternehmer zu führen.

19. C — Der Arbeitgeber

Nach § 3 Abs. 1 ArbSchG ist der Arbeitgeber verpflichtet, die erforderlichen Maßnahmen des Arbeitsschutzes zu treffen. Die Grundverantwortung verbleibt stets beim Arbeitgeber. Why the other options are incorrect: • Die Fachkraft für Arbeitssicherheit: Die Fachkraft für Arbeitssicherheit berät den Arbeitgeber lediglich (§ 6 ASiG), trägt aber keine eigene Grundverantwortung für den Arbeitsschutz. • Der Sicherheitsbeauftragte: Sicherheitsbeauftragte unterstützen den Unternehmer bei der Unfallverhütung (§ 22 DGUV V1), haben aber keine eigenständige Verantwortung für Schutzmaßnahmen. • Der Betriebsarzt: Der Betriebsarzt nimmt beratende und überwachende Aufgaben wahr (§ 3 ASiG), ist jedoch nicht Träger der Grundverantwortung für den Arbeitsschutz.

20. A — Der Sicherheitsbeauftragte unterstützt den Arbeitgeber ehrenamtlich bei der Durchführung von Arbeitsschutzmaßnahmen, besitzt jedoch keine Weisungsbefugnis gegenüber anderen Beschäftigten.

Nach §§ 20–22 DGUV Vorschrift 1 ist der Sicherheitsbeauftragte ein ehrenamtlicher Helfer des Arbeitgebers ohne eigene Weisungsbefugnis. Seine Aufgabe besteht darin, Unfall- und Gesundheitsgefahren zu beobachten, auf Mängel hinzuweisen und diese dem Arbeitgeber oder der Führungskraft zu melden. Die arbeitsschutzrechtliche Verantwortung verbleibt beim Arbeitgeber. Why the other options are incorrect: • Der Sicherheitsbeauftragte übernimmt die arbeitsschutzrechtliche Verantwortung für seinen Bereich und haftet persönlich für Unfälle, die auf übersehene Mängel zurückzuführen sind.: Falsch. Die Verantwortung für den Arbeitsschutz liegt beim Arbeitgeber, nicht beim Sicherheitsbeauftragten. Da dieser keine Durchsetzungsbefugnis hat, kann er auch nicht persönlich für übersehene Mängel haften. • Der Sicherheitsbeauftragte ist berechtigt, unsichere Arbeiten eigenständig zu untersagen und Beschäftigte direkt anzuweisen, Schutzmaßnahmen einzuhalten.: Falsch. Der Sicherheitsbeauftragte hat keine Befugnis, Arbeiten zu untersagen oder Anweisungen zu erteilen. Er kann lediglich auf Gefahren hinweisen und den zuständigen Vorgesetzten oder den Arbeitgeber informieren. • Der Sicherheitsbeauftragte ist rechtlich mit der Fachkraft für Arbeitssicherheit gleichgestellt und muss daher eine gleichwertige sicherheitstechnische Ausbildung nachweisen.: Falsch. Sicherheitsbeauftragte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit (ASiG) sind zwei verschiedene Funktionen mit unterschiedlichen Aufgaben und Qualifikationsvoraussetzungen. Für den Sicherheitsbeauftragten ist keine spezielle sicherheitstechnische Fachausbildung vorgeschrieben.

21. D — UFI (Unique Formula Identifier)

Der UFI (Unique Formula Identifier) ist ein 16-stelliger alphanumerischer Code, der seit dem 1. Januar 2021



Unlock all 200 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/arbeitsschutz>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start



für gefährliche Gemische für Verbraucher auf dem Etikett angegeben werden muss (für professionelle Anwender gilt die Pflicht ab dem 1. Januar 2024). Er ermöglicht Giftinformationszentren die schnelle Identifizierung eines Produkts im Vergiftungsfall. Why the other options are incorrect: • CAS-Nummer (Chemical Abstracts Service Number): Die CAS-Nummer identifiziert einzelne chemische Stoffe weltweit eindeutig. Sie ist im Sicherheitsdatenblatt anzugeben, aber kein Pflichtbestandteil des Etiketts und kein Identifikator für die spezifische Rezeptur eines Gemisches. • EG-Nummer (Europäische Gemeinschaft Nummer): Die EG-Nummer (früher EINECS- oder ELINCS-Nummer) ist ein europäischer Identifikator für chemische Einzelstoffe, der im Sicherheitsdatenblatt erscheint. Er ist nicht mit dem rezepturspezifischen UFI für Gemische zu verwechseln. • REACH-Registrierungsnummer: Die REACH-Registrierungsnummer wird bei der ECHA für einzelne chemische Stoffe vergeben und bezieht sich nicht auf Gemische. Sie ist kein Etikettierungspflichtbestandteil im Sinne der Produktmeldepflicht für Gemische.

22. B — Ab 0,1 %

Gemäß Tabelle 3.6.2 in Anhang I der CLP-Verordnung gilt für kanzerogene Stoffe der Kategorie 1A/1B ein generischer Konzentrationsgrenzwert von $\geq 0,1 \%$. Überschreitet der Anteil im Gemisch diesen Wert, ist das Gemisch ebenfalls als krebserzeugend Kategorie 1A/1B einzustufen. Why the other options are incorrect: • Ab 0,001 %: 0,001 % ist in der CLP-Verordnung kein festgelegter Grenzwert für kanzerogene Stoffe. Ein so niedriger Schwellenwert existiert für diese Gefahrenklasse nicht. • Ab 1 %: Der Wert von 1 % gilt für kanzerogene Stoffe der weniger gefährlichen Kategorie 2, nicht für die Kategorien 1A und 1B. • Ab 5 %: 5 % ist kein Einstufungsgrenzwert für kanzerogene Stoffe nach CLP. Ein derart hoher Schwellenwert würde viele relevante Gemische zu Unrecht von der CMR-Kennzeichnungspflicht ausnehmen.

23. B — Die maximale Konzentration eines Gefahrstoffs in der Atemluft, bei der keine gesundheitlichen Beeinträchtigungen zu erwarten sind

Der AGW ist laut TRGS 900 der Grenzwert für die zeitlich gewichtete durchschnittliche Konzentration eines Stoffs in der Luft am Arbeitsplatz, bei dessen Einhaltung keine Gesundheitsschäden bei täglicher achtstündiger Exposition zu erwarten sind. Why the other options are incorrect: • Den maximal zulässigen Lärmpegel am Arbeitsplatz in Dezibel: Lärmgrenzwerte am Arbeitsplatz werden in der Lärm-Vibrations-Arbeitsschutzverordnung (LärmVibrationsArbSchV) geregelt, nicht in der TRGS 900. Der AGW betrifft ausschließlich chemische Stoffe in der Luft. • Den Grenzwert für die Mindestbeleuchtungsstärke in Arbeitsräumen: Anforderungen an die Beleuchtung am Arbeitsplatz sind in der Arbeitsstättenregel ASR A3.4 geregelt und haben keinen Bezug zur TRGS 900 oder zum AGW. • Die maximal zulässige Gefahrstoffkonzentration auf Arbeitsflächen und Arbeitsmitteln: Kontaminationsgrenzwerte für Oberflächen sind von den AGW-Werten zu unterscheiden. Der AGW bezieht sich ausschließlich auf die Konzentration in der Atemluft (mg/m³ oder ppm).

24. C — Standardisierte Sicherheitshinweise, die Maßnahmen zur Vermeidung oder Minimierung schädlicher Auswirkungen beschreiben

P-Sätze (Precautionary Statements) sind standardisierte Sicherheitshinweise, die laut CLP-Verordnung auf dem Etikett erscheinen müssen. Sie beschreiben empfohlene Maßnahmen zur Prävention (P1xx), Reaktion (P3xx), Lagerung (P4xx) und Entsorgung (P5xx). Why the other options are incorrect: • Gefahrenhinweise, die die Art und Schwere der Gefahr eines Stoffs beschreiben: Die Beschreibung der Gefahrenart und -schwere ist Aufgabe der H-Sätze (Hazard Statements), nicht der P-Sätze. H- und P-Sätze erfüllen unterschiedliche Funktionen auf dem Etikett. • Klassifizierungs-codes für den Transport gefährlicher Güter nach ADR: Transportkennzeichnungen folgen dem ADR/RID/IMDG-Regelwerk und unterscheiden sich grundlegend vom GHS-System. P-Sätze gelten für Etikettierung und Sicherheitsdatenblätter am Arbeitsplatz und im Handel. •



Unlock all 200 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/arbeitsschutz>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start

Unofficial study material · not affiliated with any certifying body



Angaben zur physikalisch-chemischen Stabilität eines Stoffs im Sicherheitsdatenblatt: Angaben zur physikalisch-chemischen Stabilität sind in Abschnitt 10 des Sicherheitsdatenblatts zu finden. P-Sätze sind hingegen handlungsorientierte Sicherheitshinweise für Anwender.

25. B — Ab 85 dB(A)

Bei Erreichen oder Überschreiten des oberen Auslösewertes von $L_{EX,8h} = 85 \text{ dB(A)}$ sind Beschäftigte verpflichtet, den Gehörschutz zu tragen (§ 8 Abs. 1 LärmVibrationsArbSchV). Why the other options are incorrect: • Ab 80 dB(A): Ab 80 dB(A) (unterer Auslösewert) muss Gehörschutz nur bereitgestellt werden; eine Tragepflicht besteht hier noch nicht. • Ab 87 dB(A): 87 dB(A) ist der Expositionsgrenzwert, kein Auslösewert für die Tragepflicht. Die Pflicht zum Tragen beginnt bereits bei 85 dB(A). • Ab 90 dB(A): 90 dB(A) ist kein normierter Grenzwert der LärmVibrationsArbSchV; die Tragepflicht setzt bereits bei 85 dB(A) ein.

26. C — 140 dB(C)

Nach § 3 LärmVibrationsArbSchV beträgt der Expositionsgrenzwert für den Spitzenschalldruckpegel $L_{peak} = 140 \text{ dB(C)}$. Dieser Wert gilt am Ohr des Beschäftigten nach Abzug der Schutzwirkung des getragenen Gehörschutzes und darf unter keinen Umständen überschritten werden. Why the other options are incorrect: • 135 dB(C): 135 dB(C) ist der untere Auslösewert für L_{peak} , ab dem der Arbeitgeber verpflichtet ist, geeigneten Gehörschutz bereitzustellen – nicht der Expositionsgrenzwert. • 137 dB(C): 137 dB(C) ist der obere Auslösewert für L_{peak} , ab dem Lärmbereiche zu kennzeichnen und das Tragen von Gehörschutz verpflichtend ist – ebenfalls kein Expositionsgrenzwert. • 143 dB(C): 143 dB(C) ist kein in der LärmVibrationsArbSchV definierter Grenz- oder Auslösewert.

27. B — 1 Stunde

Die in ASR A3.4 referenzierte Norm DIN EN 1838 fordert eine Mindestbetriebsdauer der Sicherheitsbeleuchtung von 1 Stunde (60 Minuten) nach dem Ausfall der Allgemeinbeleuchtung. Diese Zeit soll eine geordnete Evakuierung aller Personen ermöglichen. Why the other options are incorrect: • 30 Minuten: 30 Minuten sind nach DIN EN 1838 zu kurz; die Norm legt ausdrücklich mindestens 1 Stunde fest, um auch in größeren oder komplexeren Gebäuden eine vollständige Evakuierung sicherzustellen. • 2 Stunden: 2 Stunden übersteigen die geforderte Mindestbetriebsdauer; höhere Werte können nur durch besondere Risikobeurteilungen oder Sondervorschriften verlangt werden. • 4 Stunden: 4 Stunden sind kein allgemeiner Mindeststandard für Arbeitsstätten; derartige Anforderungen gelten allenfalls für Hochrisikobereiche mit abweichenden Rechtsgrundlagen.

28. C — Gasfilter haben eine begrenzte Adsorptionskapazität und müssen gemäß Herstellervorgaben sowie spätestens beim Durchbruch des Schadstoffs (Geruchs- oder Geschmackswahrnehmung durch den Filter) ersetzt werden.

Gasfilter arbeiten durch Adsorption; ihre Kapazität ist begrenzt und nimmt mit der Einsatzdauer ab. Sie müssen nach den Herstellerangaben (z. B. maximale Tragedauer, Haltbarkeit nach dem Öffnen der Verpackung) oder sofort beim Durchbruch des Schadstoffs ersetzt werden. Ein Durchbruch liegt vor, wenn der Träger den Schadstoff durch den Filter hindurch riechen oder schmecken kann. Why the other options are incorrect: • Gasfilter können durch Auslüften an der frischen Luft vollständig regeneriert und anschließend wieder verwendet werden.: Falsch. Gasfilter können nicht regeneriert werden. Die adsorbierten Schadstoffe verbleiben dauerhaft im Filtermaterial; das Auslüften stellt die Schutzwirkung nicht wieder her. • Die Schutzwirkung von Gasfiltern ist zeitlich unbegrenzt, sofern der Filter äußerlich intakt und trocken ist.: Falsch. Die Schutzwirkung von Gasfiltern ist nicht zeitlich unbegrenzt. Auch unbenutzte Filter können durch Alterung und Feuchtigkeitsaufnahme an Wirksamkeit verlieren, und gebrauchte Filter haben eine endliche



Unlock all 200 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/arbeitsschutz>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start

Unofficial study material · not affiliated with any certifying body



Adsorptionskapazität. • Gasfilter müssen unabhängig von der tatsächlichen Einsatzdauer täglich ausgewechselt werden.: Falsch. Es gibt keine generelle Pflicht zum täglichen Filteraustausch. Der Wechselzeitpunkt richtet sich nach der Herstellerangabe und dem tatsächlichen Einsatz unter Schadstoffbelastung.

29. C — Kategorie III – hohes Risiko, EG-Baumusterprüfung und laufende Überwachung der Fertigung durch notifizierte Stelle erforderlich

Kategorie III gemäß PSA-Verordnung (EU) 2016/425 umfasst PSA, die vor tödlichen Gefahren oder irreversiblen Gesundheitsschäden schützt (z. B. Atemschutz gegen Gase, Absturzsicherung). Sie erfordert eine Baumusterprüfung sowie laufende Fertigungsüberwachung durch eine notifizierte Stelle. Why the other options are incorrect: • Kategorie I – geringes Risiko, Konformitätserklärung des Herstellers ohne externe Prüfstelle ausreichend: Kategorie I betrifft nur einfache PSA gegen minimale Risiken (z. B. einfache Gartenhandschuhe) – keine Eignung für tödliche Gefährdungen. • Kategorie II – mittleres Risiko, EG-Baumusterprüfung erforderlich: Kategorie II deckt mittlere Risiken ab und erfordert eine Baumusterprüfung, aber keine laufende Fertigungsüberwachung – unzureichend für irreversible Schäden. • Kategorie IV – nur für behördliche Sicherheitskräfte zugelassen: Eine Kategorie IV existiert in der PSA-Verordnung (EU) 2016/425 nicht – die höchste Kategorie ist III.

30. B — Beschäftigte sind verpflichtet, PSA bestimmungsgemäß zu verwenden und festgestellte Mängel unverzüglich dem Arbeitgeber zu melden.

Gemäß § 3 PSA-BV sind Beschäftigte verpflichtet, die bereitgestellte PSA bestimmungsgemäß zu verwenden, sorgfältig zu behandeln und festgestellte Mängel oder Defekte dem Arbeitgeber unverzüglich zu melden. Why the other options are incorrect: • Beschäftigte dürfen PSA nach eigenem Ermessen auswählen und durch günstigere Alternativen ersetzen.: PSA darf nicht eigenmächtig ausgewählt oder ersetzt werden – die Auswahl obliegt dem Arbeitgeber auf Basis der Gefährdungsbeurteilung. • Beschäftigte können auf das Tragen von PSA verzichten, wenn sie das persönliche Risiko selbst als gering einschätzen.: Eine eigene Risikoeinschätzung entbindet Beschäftigte nicht von der Tragepflicht; die Anweisung des Arbeitgebers ist verbindlich. • Beschäftigte müssen PSA nur dann tragen, wenn ein Arbeitsunfall in der Vergangenheit bereits eingetreten ist.: PSA ist präventiv – also vor einem Schadensereignis – zu tragen, nicht erst nach einem eingetretenen Unfall.



Unlock all 200 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/arbeitsschutz>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start

Unofficial study material · not affiliated with any certifying body



Ready to pass?

Unlock the full Arbeitsschutz bank, every explanation, and unlimited timed mock exams.

Scan to start practising

<https://certs.theorypractice.app/arbeitsschutz>

Also on iOS & Android — search your exam name on the App Store or Google Play



Unlock all 200 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/arbeitsschutz>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start